

weigerlich mit anekdotischen Evidenzen operieren müssen, wenn die Phänomene, die uns interessieren, in diesem Sinne neu sind, wenn sie also einen relativ hohen Grad an Ein- bzw. Erstmaligkeit aufweisen. Denn, so Alois Hahn, »eben damit erzeugen wir gleichzeitig die pragmatische Notwendigkeit und die kognitive Unmöglichkeit richtiger Prognosen«.

Der Sinn des Nicht-Wissens

Was also können wir von Zukünftigem, vom (erstmalig) Möglichen, bzw. was können wir unter den Bedingungen strukturellen Nichtwissens überhaupt wissen? – Nun, vorherzusagen, was sein wird, ist »eigentlich« gar nicht der Zweck interpretativer Prognostik. Diese soll vielmehr dazu dienen, auf das aufmerksam zu machen, was aus dem resultieren kann, was wir *tun*. Und dabei wiederum gilt es, den taxonomischen Vorschlag beherzigen, den der bekannte Unternehmensstrategie-Berater Paul Schoemaker einmal gemacht hat: »When contemplating the future, it is useful to consider three classes of knowledge: 1. Things we

know we know, 2. Things we know we don't know, 3. Things we don't know we don't know«. – Dem empfehlen wir, noch eine vierte Wissensform hinzuzufügen: Things we don't know we know – denn womöglich ist gerade dieser Wissens- bzw. genauer: Nicht-Wissenstypus – sogar mehr noch als die drei von Schoemaker genannten – derjenige, dessen Handling des Rekurses auf die interpretative Methodologie und Methodik bedarf.

Der Sinn von Prognosen, so erläuterte sinngemäß Matthias Horx im Spätsommer 2003 im Schweizer Fernsehen, sei nicht, das vorherzusagen, was sein wird, sondern auf das aufmerksam zu machen, was aus dem resultiert (bzw. resultieren kann), was wir tun. Und ganz in diesem Sinne besteht unseres Erachtens auch der Sinn von Diagnosen nicht darin, zu *erklären*, was ist, sondern zu *verstehen*, was wir tun. Verstehen zu wollen, was wir tun, um prognostische Vorstellungen davon entwickeln zu können, was das, was wir tun, für uns bedeutet, bedeuten wird und bedeuten könnte, das impliziert folglich, unsere gesellschaftlichen Wirklichkeitskonstruktionen zu *re-konstruieren*, um das uns je Mögliche zu *konstruieren*.

Michael Fischer

Zukunft wird gemacht

Das Wissen um soziale Prozesse nimmt stetig zu. Damit wachsen auch Handlungsspielräume. Doch viele aktuelle Zukunftsstudien unterliegen ideologischen Beschränkungen, die Optionen einer menschlicheren Zukunft eher verdecken, als freilegen.

Utopien gehören zum Wesensmerkmal moderner Gesellschaften. Im Unterschied zu früheren religiösen Heilserwartungen und Apokalypsen verweisen sie auf die Gestaltbarkeit der Zukunft: Nicht nur die bisherige, auch die kommende Geschichte wird wesentlich von Menschen gemacht. Das impliziert Handlungsspielräume, die



Michael Fischer

(* 1975) ist Soziologe und Sozialpsychologe und Referent in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

michael.fischer@fes.de

Zukunft nicht nur abzuwarten, sondern aktiv zum Wohle von Mensch und Natur zu gestalten. Wozu es allerdings Leitbilder bedarf.

Untrennbar ist das Aufkommen von Utopien und ihr partieller Erfolg bei der Prägung gesellschaftlicher Realität mit dem Machtgewinn der Menschen über die Natur und besonders mit der Entwicklung und Säkularisierung politisch-ökonomischer Institutionen verknüpft – der Erfolg der Naturwissenschaften, die Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise sowie die Entwicklung des »Politischen« selbst und die konfliktreichen Demokratisierungsschübe sind Momente desselben sozialen Prozesses. Mit dessen Fortgang wachsen nicht nur die Interdependenzen, sondern, wenn auch unter vielen Rückschlägen, die Gestaltungsspielräume des Zusammenlebens. Allerdings: Auch das Wissen um Zwangsläufigkeiten, die »Einsicht in die Notwendigkeit« (*Karl Marx*) und in die Grenzen der Belastbarkeit der Natur wächst tendenziell und ebenfalls diskontinuierlich. Mobilisiert dieses Wissen oft zunächst Ängste, nehmen längerfristig Potenziale zur Ernüchterung des religiösen Erbes im zukunftsgerichteten Blick zu: Nicht nur Probleme, auch Ansätze zu ihrer Lösung durch menschliches Handeln werden erkennbar.

1516 deklarierte Thomas Morus sein paradigmatisches »Utopia« noch als Fiktion – deren realen Hintergrund die Zeitgenossen »aus dem Land, in dem die Schafe die Menschen auffressen« (= das Bauernlegen im damaligen England) gleichwohl als kritischen Aufruf zur Veränderung der Gesellschaft verstanden, wenn auch nicht unterstützten. Im 21. Jahrhundert hingegen sind Zukunftsszenarien mit entsprechenden Handlungsempfehlungen längst etablierter Bestandteil politischer Praxis in vielen Gesellschaften geworden. Doch nicht immer lassen sie tatsächliche Handlungsspielräume erkennen. So erfreuen sich hierzulande seit geraumer Zeit scheinbar wis-

senschaftlich fundierte Zukunftsentwürfe einer Hochkonjunktur, unter denen dramatische Szenarien der Entwicklung Deutschlands dominieren. Diese lassen anscheinend immer nur einen Schluss zu: Wohlstand und gesellschaftliche bzw. politische Teilhabe seien nur für wenige möglich.

Lukrativer Pessimismus

So bezweifelt Hans-Werner Sinn, Präsident des *ifo-Instituts*, ob »Deutschland noch zu retten« (2005) sei. Meinhard Miegel, zuletzt Direktor des kürzlich aufgelösten Bonner *Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft*, verkündet »geplatzte Wohstandsillusionen« (*Die deformierte Gesellschaft*, 2002). Bernd Raffelhüschen, Direktor des Freiburger *Forschungszentrums Generationenverträge* und Botschafter der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, charakterisiert seine Generationenbilanzen als »Brandmelder der Zukunft« (2007). Das privat finanzierte *Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung* sieht »Deutschland auf Schrumpfkurs« (*Die demografische Lage der Nation*, 2006) und proklamiert, dass dies zu ökonomischen und sozialen Verwerfungen führen wird. Horst W. Opaschowski, wissenschaftlicher Leiter der *BAT Stiftung für Zukunftsfragen*, merkt in seinem neuesten Buch von 2008 (*Deutschland 2030*) an: »Der Lebensstandard sinkt. Die Deutschen werden ärmer.« Selbst das *Wissenschaftszentrum Berlin* befürchtet: »Man wird die Zukunftsfähigkeit Deutschlands nicht gegen oder ohne die Politik sichern können, durch sie aber auch nicht« (Jürgen Kocka. *Zukunftsfähigkeit Deutschlands*, 2007).

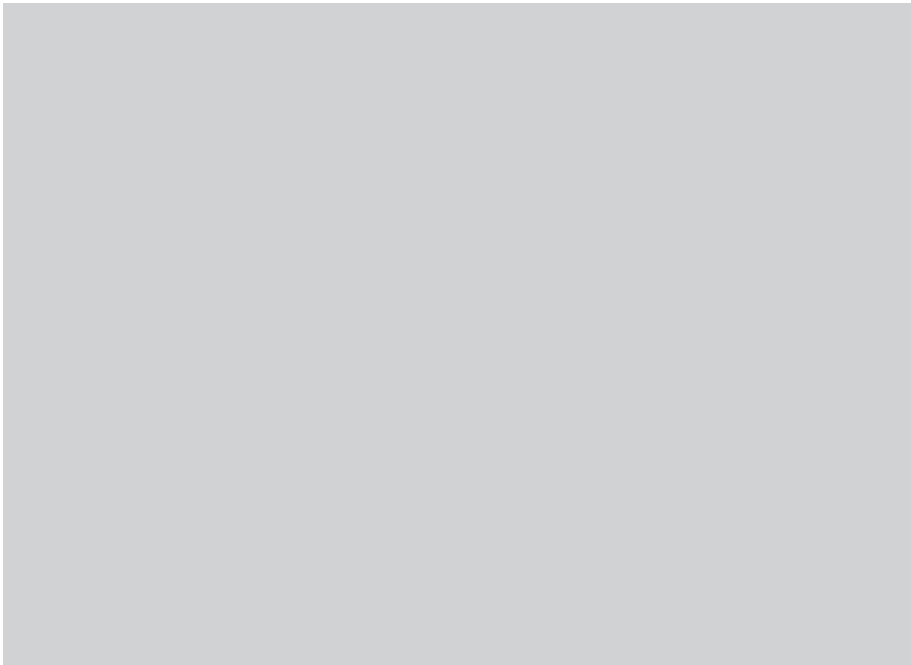
Andere Zukunftsszenarien scheinen auf den ersten Blick optimistischer zu sein. Das *Institut der deutschen Wirtschaft* glaubte zum Beispiel 2005 in seiner *Vision Deutschland*: »Der Wohlstand hat Zukunft« – allerdings nur dann, wenn der Sozialstaat abgebaut werde.

Gemeinsam ist diesen Szenarien, dass die ihnen zugrunde liegenden Menschenbilder und Werthaltungen als zwingendes Resultat einer wertfreien Analyse zukünftiger Entwicklungen erscheinen. Darunter herrscht aber die Annahme vor, dass ein gut funktionierender Wohlfahrtsstaat und die Teilhabe am Wohlstand und gesellschaftliche Partizipation für viele Menschen in Deutschland nicht bewahrt werden können.

Im Kern sind es vier Entwicklungen, die dies zu fundieren scheinen: Globalisierung, Demografie, Staatsverschuldung, schließlich auch die ökologische Frage. Behauptet Hans-Werner Sinn einen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit in der dichter werdenden Weltwirtschaft, sieht Meinhard Miegel im Wohlstandswachstum Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg eine einzige Anomalie. An malthusianische Bevölkerungstheorien des 19. Jahrhunderts erinnernde Visionen globaler Übervölkerung und Erschöpfung

natürlicher Ressourcen werden mit bedenklichen Bildern eines schrumpfenden Deutschlands verbunden, das zugleich vorwiegend von alternden Rentenempfängern/innen bevölkert sein werde. Deren Lebensunterhalt könnte den Generationenbilanzen Raffelhüschens zufolge die immer weniger Jungen nicht mehr finanzieren. Verschärft wird dies durch das Bild eines schon heute überschuldeten Gemeinwesens, festgemacht an mehr als 1,5 Billionen Euro Staatsschulden und impliziten Verbindlichkeiten der Sozialkassen.

Einer näheren Überprüfung halten diese Verarmungsszenarien allerdings nicht stand: Die nunmehr seit Jahrzehnten andauernde Verdichtung globaler Interdependenzen hat Deutschland ein überdurchschnittliches Wohlstandsniveau beschert. Trotz vermeintlich zu hoher Löhne und eines angeblich zu teuren Sozialstaates hat sich die deutsche Wirtschaft in der Globalisierung als überaus konkurrenzfähig erwiesen – über die besonders in den letzten



Jahren erzielten hohen Außenhandelsüberschüsse hat der »Exportweltmeister« gesamtwirtschaftlich hohe Forderungen gegenüber dem Ausland aufgebaut. Die Entwicklung der Stundenproduktivität bzw. effizienterer sowie ökologisch nachhaltiger Produktionsverfahren, getrieben von Nachfrage, Wettbewerb, Innovationen und Verknappung natürlicher Ressourcen, sind entscheidender für die Wohlstandsentwicklung als Demografie an sich oder globalisierte Billiglohnkonkurrenz. Auch die Staatsverschuldung ist im Kern kein Zukunftsproblem: Nicht nur ist sie trotz der sich abzeichnenden hohen Neuverschuldung in Bezug auf die Wirtschaftsleistung Deutschlands im internationalen Vergleich nicht auffällig hoch, sondern vor allem bedroht sie auch nicht zukünftige Generationen – diese erben mit den Verbindlichkeiten nämlich auch die Forderungen.

Verteilungsprobleme werden ausgeblendet

Daran zeigt sich aber, dass gegenwärtige innerstaatliche und zwischenstaatliche Verteilungsprobleme durchaus zukunftsgefährdend sind. Der modische Zukunftspessimismus blendet sie jedoch aus oder stellt sie als unabdingbar dar. Dabei sind die Finanzmarktkrise und ihre Folgen vorrangig diesen verschärften Verteilungsproblemen geschuldet. Ihre Verdeckung durch die Schreckgespenster Globalisierung und Generationenkonflikt fördert keine Lösungen zutage – die damit verbundenen Rezepte laufen in der Konsequenz vielmehr darauf hinaus, kollektive Sicherungen abzubauen, den Staat zurückzudrängen und »den Marktkräften« mehr Spielraum zu geben. Der Abbau des Sozialstaates und die Senkung von Löhnen, Steuern und Abgaben führen jedoch nur dazu, dass die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher werden. Insofern lohnen sich für manche Gruppen die

pessimistischen Zukunftsbilder mit ihren entsprechenden Handlungsempfehlungen.

Dass sie dennoch nicht nur den Reichen plausibel erscheinen, gründet darin, dass sie an die Lebenswelt der Mehrheitsbevölkerung anschließen: Es ist vor allem das Vorbild des umsichtigen Haushaltsvorstands, der weiß, dass in der Zeit (= heute) gespart werden muss, um in der Not (= Zukunft) zu haben. Zur gesamtwirtschaftlichen Orientierung taugt dieses Modell jedoch nicht: Wenn alle sich einschränken – oder immer mehr aufgrund zu geringer Einkommen sich einschränken müssen –, fehlt es an Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und damit den Anbietern an Einkommensquellen. Arbeitnehmerrechte, Steuern und Abgaben, Umwelt- und Verbraucherschutz erscheinen zunehmend als untragbare Kosten. Ein schwacher Staat vermag indes Interessen des Gemeinwohls nicht mehr wahrzunehmen. Wohlstandsentwicklung und Partizipationschancen geraten unter Druck.

Im Ergebnis sieht man hier eine Art kognitive Dissonanz: Um Verarmung und Unsicherheit zu verhindern, werden sie mit den Einsparungen am »teuren« Sozialstaat nicht nur in Kauf genommen, sondern sogar gefördert. Dabei haben zahlreiche Studien gezeigt, dass in Deutschland wie auch in anderen Ländern klare Mehrheiten für einen funktionierenden Wohlfahrtsstaat sind, der sozial und ökologisch problematische Marktergebnisse korrigiert, die Teilhabechancen aller sichert und angemessen vor Risiken schützt. Einen Gegenentwurf zu den pessimistischen Zukunftsstudien, der diese Präferenzen explizit berücksichtigt, stellt das Zukunftsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung dar. Es zeigt, dass ein soziales Deutschland – mittelfristig bis zum Jahr 2020 – möglich ist und dass die Mittel zu dessen Erreichung zugleich auch die Mittel zur Lösung der derzeitigen Krise sind (Vgl. Michael Dauerstädt in dieser Ausgabe).